

Friede sei mit euch! Wie der Krieg im Jemen Europas Kassen klingeln lässt – auch die der Deutschen Bank

(22.5.2019) Der heute in Frankfurt/Main von der NGO Facing Finance vorgestellte Bericht [DIRTY Profits 7](#) deckt die Finanzbeziehungen der 10 europäischen TOP-Banken zu Rüstungsexporteurern auf, die seit 2015 in die krisenbetroffene MENA-Region (Nahost und Nordafrika) und damit besonders für den Jemen-Krieg Waffen lieferten.

Das Ergebnis: Alle 11 untersuchten Rüstungsunternehmen, die in die MENA-Region exportiert haben, was die von Saudi-Arabien angeführte Kriegsallianz einschließt, wurden in einer Größenordnung von über 24 Mrd. Euro von den 10 europäischen TOP-Banken finanziert. Darunter befinden sich auch die Deutsche Bank und die Commerzbank. Das Gesamtvolumen der Aktien- und Anleiheinvestitionen der 10 Banken in die untersuchten Rüstungsunternehmen liegt bei ca. 9,9 Mrd. €. Zudem sind die größten deutschen Vermögensverwalter bzw. ihre Kund*innen (u.a. Allianz, DWS, Union Investment, und Deka Investments) mit über 5,5 Mrd. Euro in die Rüstungsunternehmen investiert.

Die NGOs Facing Finance, urgewald, Mwatana (Jemen) und BankTrack nehmen den Bericht zum Anlass, um vor und während der Hauptversammlung der Deutschen Bank am 23.5. in Frankfurt gegen die Finanzierung der Waffenlieferungen an die Jemen-Kriegskoalition zu protestieren.

Die Deutsche Bank vergab im Zeitraum November 2015 bis Januar 2019 Finanzierungen an 7 der 11 untersuchten Rüstungsunternehmen im Wert von insgesamt 1,8 Mrd. €. Sie ist zudem an allen 11 untersuchten Unternehmen im Wert von ca. 2,6 Mrd. € beteiligt (s. Abbildung 2). Die Bank ist damit einer der größten Investoren in Rüstungsunternehmen unter allen untersuchten Banken.

Das von den drei Unternehmen **Airbus, Leonardo und BAE Systems** geformte Konsortium **MBDA** exportierte unter anderem 450 Marschflugkörper, mehrere Tausend Luft-Boden-Raketen und Kampfflugzeuge nach Saudi-Arabien, die erwiesenermaßen auch im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen. Die Deutsche Bank unterstützte im Untersuchungszeitraum die Geschäftsmodelle dieser drei Unternehmen mit Finanzierungen in Höhe von ca. **730 Millionen Euro**, teilweise noch in 2018.

Auch die US-Firma **Raytheon** gehört zu den größten Exporteuren an die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition. Die Exporte beinhalteten auch Tausende von Raketen, deren Einsatz in direktem Zusammenhang mit Angriffen stehen, bei denen Zivilisten getötet und verletzt wurden. Die Deutsche Bank hatte im November 2015 einen Kredit in Höhe von **57 Millionen Euro** an Raytheon bereitgestellt und hielt im Januar 2019 Beteiligungen im Wert von **418 Millionen Euro an dem Unternehmen**.

"Waffen aus den USA und Europa haben zu einigen der schlimmsten Schrecken des Krieges beigetragen, Zivilisten getötet, Häuser getroffen und geholfen mein Land zu zerstören", sagte Ali Jameel von der jemenitischen NGO Mwatana, der in Sana'a lebt. "Die von Saudi-Arabien und den VAE geführte Koalition hat unzählige rechtswidrige Angriffe ausgeführt, viele davon wahrscheinlich Kriegsverbrechen und diejenigen, die Waffen exportieren, riskieren daran eine Mitschuld", sagte Jameel. Ali Jameel wird auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank zu den Aktionär*innen sprechen.

„Europäische TOP-Banken tragen mit ihrer finanziellen Unterstützung für Rüstungsexporteurern, die seit Jahren für den Jemen-Krieg Waffen liefern, Mitverantwortung für die derzeit größte humanitäre Katastrophe auf diesem Planeten“, beklagt Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance und Herausgeber des DIRTY Profits-Berichtes. „Banken dürfen Rüstungsexporteurern nicht länger finanzieren und müssen ihre Richtlinien an den Vorgaben des Vertrages über den Waffenhandel (engl. The Arms Trade Treaty, ATT). orientieren, der Waffenlieferungen untersagt, die wissentlich bei Kriegsverbrechen, Angriffen auf zivile Objekte und Zivilisten oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwendet werden würden“, so Küchenmeister und plädiert für eine umfassende ESG-Regulierung durch die Bafin bzw. den Gesetzgeber.

„Die Deutsche Bank muss ihre Rüstungsrichtlinie umgehend schärfen, zumal auch die Bundesregierung erste Exportrestriktionen gegenüber Saudi-Arabien und den VAE verhängt hat. Ihre Kund*innen und Aktionär*innen wollen nicht länger von todbringenden Geschäftsmodellen der Rüstungsexporteurern profitieren“, resümiert Barbara Happe von der Menschenrechtsorganisation urgewald.

Die Vorstellung des Berichtes erfolgt am 22.5. um 18:00 Uhr im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit anschließendem Imbiss in der Evangelischen Akademie Frankfurt, Römerberg 9, 60311 Frankfurt. Die Protestaktion der NGOs vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank beginnt am 23.5. ab 08:30 Uhr und fordert unter dem Motto „**No War - No Warming**“ auch eine Kehrtwende bei Finanzierungen zur fossilen Energiebranche.

Dieses Dokument mit Anhang und zusätzlichen Detailinformationen [downloaden](#).

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Thomas Küchenmeister | FACING FINANCE (auch für Interviewwünsche an Herrn Jameel)

Tel: +49 0175-49 64 082 | kuechenmeister@facing-finance.org

Dr. Barbara Happe | urgewald (auch für Interviewwünsche an Herrn Jameel)

Tel.: +49 0172-68 14 474 | barbara@urgewald.org

Informationen zu Methodik und weiteren zentralen Inhalten des Dirty Profits-Berichtes:

Der Dirty Profits-Bericht untersucht die int. führenden Rüstungsunternehmen Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, BAE Systems, Northrop Grumman, General Dynamics, Airbus, Leonardo, Thales sowie die deutschen Unternehmen Rheinmetall und ThyssenKrupp auf Grund ihrer Lieferung in das Untersuchungsgebiet.

Die Auswahl der untersuchten Banken erfolgte auf Basis der Finanzierungs- und Investitionsanteile an den ausgewählten Rüstungsunternehmen. Dabei wurden die 10 europäischen Banken mit der größten Finanzierungssumme ausgewählt. Darunter befinden sich auch die Deutsche Bank und die Commerzbank, außerdem Lloyds, Barclays, Credit Agricole, BNP Paribas, BBVA, Banco Santander, Credit Suisse und Unicredit.

Der Dirty Profits 7 Bericht analysiert zudem die Rolle der 11 untersuchten Rüstungsunternehmen in Bezug auf die Herstellung bzw. Zulieferungen von/für Atomwaffen, Streumunition oder Landminen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt schließlich auf der Beteiligung der 11 untersuchten Rüstungsunternehmen an der Entwicklung (teil-)autonomer Waffensysteme (Killer Roboter), die als Schlüsseltechnologien der zukünftigen Kriegsführung gelten und bereits Teil eines milliardenschweren, globalen High-Tech-Wettrüstens sind. Der Bericht ruft Banken deshalb dazu auf, diesen Prozess genau zu beobachten und im Falle der Herstellung von Waffen, die ohne menschliche Kontrolle operieren, Richtlinien zu installieren, die eine Unterstützung solcher Geschäftsmodelle ausschließen.

Anhang:

Das Gesamtfinanzierungsvolumen der untersuchten Rüstungsunternehmen durch europäische Banken liegt bei rund 24,2 Mrd. €.

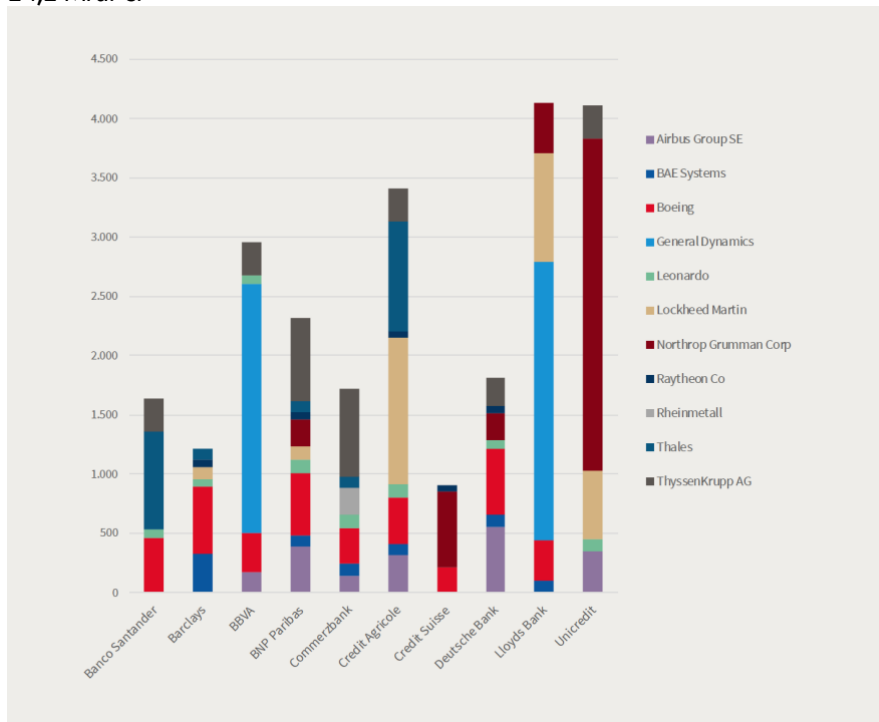


Abbildung 1: Kredit-, Anleihe- und Eigenkapitalemissionen der Banken in Mio. Euro. Unter den Top 10 Banken, die die Rüstungsunternehmen finanzieren, sind auch die Deutsche Bank und die Commerzbank zu finden. Die von der DZ-Bank bereitgestellten Finanzierungen waren für die ausgewählten Unternehmen geringer als die der Commerzbank und Deutschen Bank. Quelle: Thomson Eikon Database

Die Gesamtinvestitionen der untersuchten Banken in alle untersuchten Rüstungsunternehmen liegen bei 9,9 Mrd. €.

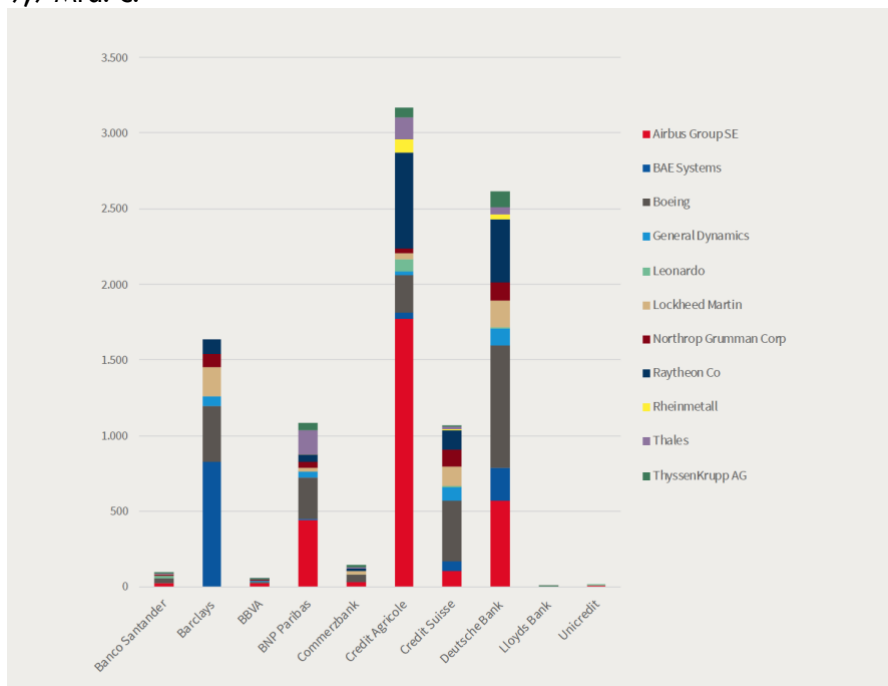


Abbildung 2: Beteiligungen und Anleihen von Kreditinstituten in Mio. Euro. Quelle: Thomson Eikon Database

Deutsche Bank

Finanzierungen der untersuchten Rüstungsunternehmen durch die Deutsche Bank

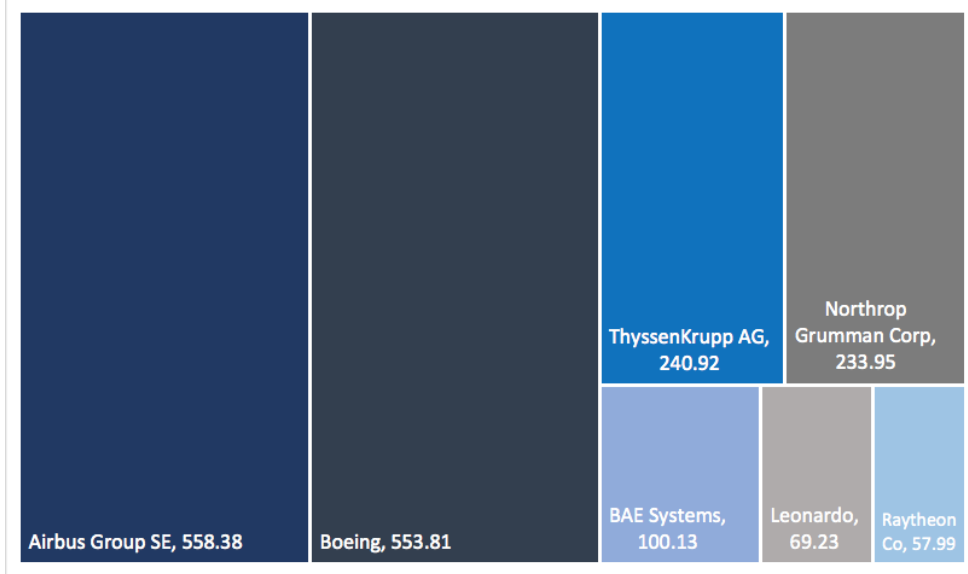


Abbildung 3: Kredit-, Anleihe- und Eigenkapitalemissionen der Deutsche Bank in Mio. Euro:

Quelle: Thomson Eikon Database

Die Transaktionen der Deutschen Bank von November 2015 bis Januar 2019 zeigen, dass die Deutsche Bank an sieben der untersuchten Rüstungsunternehmen insgesamt 1,8 Mrd. € an Direktfinanzierungen vergeben hat und an allen 11 Unternehmen 2,6 Mrd. € beteiligt ist (s. Abbildung 2). Die Bank ist damit einer der größten Investoren in Rüstungsunternehmen unter allen untersuchten Banken.

Im Rahmen des Dirty Profits 7 wurde die Finanzierungen und Investitionen der Deutschen Bank in der Rüstungsindustrie untersucht. Das Ergebnis zeigt: auch die Deutsche Bank unterstützt Rüstungsunternehmen durch Finanzierungen und Investitionen. Obwohl die finanzielle Unterstützung der Verteidigungsindustrie rechtlich völlig erlaubt ist, gibt es doch zahlreiche Informationen über Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung des humanitären Völkerrechts durch den Gebrauch von Waffen.

Beispielhaft für problematische Lieferungen sind unter anderem die Unternehmen BAE System und Raytheon. Beide stehen in Geschäftsbeziehungen zu der von Saudi-Arabien geführten Koalition, die am Jemen Krieg beteiligt ist. Mitgliedern der Koalition werden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen vorgeworfen. Diese umfassen die willkürliche Ausrichtung von Angriffen auf zivile Einrichtungen einschließlich Lebensmittellager, Busse, Märkte und Krankenhäuser.

BAE System exportierte unter anderem 450 Marschflugkörper, mehrere tausend Raketen und Kampfflugzeuge nach Saudi-Arabien. Auch gepanzerte Personaltransporter von BAE System wurden im Jemen gesichtet. Die Deutsche Bank hat vor kurzem im 2018, 100 Millionen Euro für BAE Systems bereitgestellt.

Raytheon war einer der größten Exporteure an die von Saudi-Arabien geführte Koalition. Die Exporte beinhalteten auch tausende von Raketen, deren Einsatz in direktem Zusammenhang mit der Tötung von Zivilisten im Jemen steht, darunter der Angriff der von Saudi-Arabien geführten Koalition im August 2017, bei dem 16 Zivilisten getötet und 17 verletzt wurden; die Mehrheit davon Kinder waren. Raytheon schließt jedoch im Jahr 2019 weiterhin neue Verträge in der MENA Region ab. Die Deutsche Bank hat im November 2015, 57 Millionen Euro Kredite an Raytheon bereitgestellt, und war im Januar 2019 im Wert von 418 Millionen Euro im Raytheon beteiligt.

Die Verträge zwischen der Deutsche Bank, BAE-Systems und Raytheon kamen zu einem Zeitpunkt zustanden, zu dem der Jemen-Krieg bereits ausgebrochen ist. BAE Systems wurde nach der Veröffentlichung eines UN-Berichts im Jahr 2018, der die Verletzung des humanitären Völkerrechts durch die Koalitionstruppe nachwies, weiter finanziert.

Das zeigt, dass die Richtlinien der Deutschen Bank im Rüstungssektor nicht ausreichen, um Verstöße gegen Menschenrechte und Waffenlieferungen an Kriegsteilnehmer auszuschließen!

Commerzbank

Die Commerzbank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist die viert größte Bank Deutschlands.

Finanzierungen der Rüstungsunternehmen durch die Commerzbank

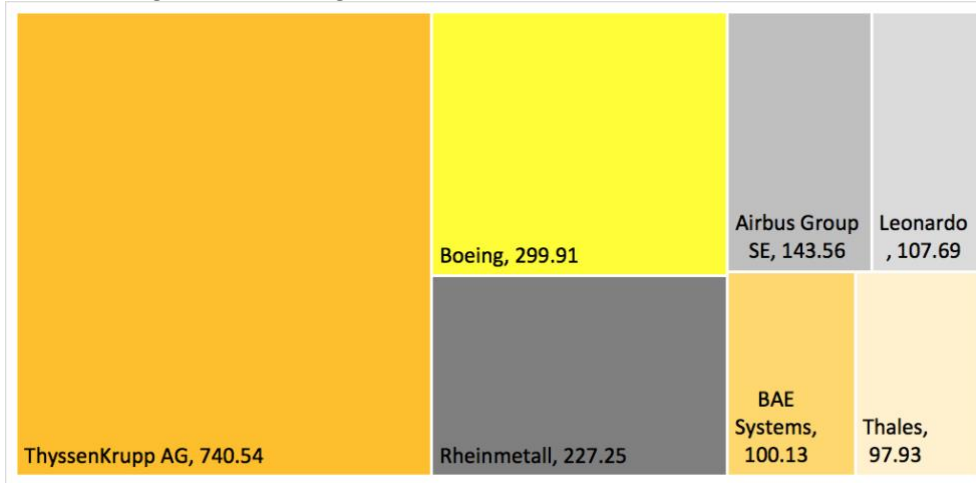


Abbildung 3: Kredit-, Anleihe- und Eigenkapitalemissionen der Commerzbank in Mio. Euro:
Quelle: Thomson Eikon Database

Obwohl auch die Commerzbank über Richtlinien verfügt, welche die finanzielle Beteiligung an Rüstungsexporten in Länder, in denen systematisch Menschenrechtsverletzungen stattfinden oder in Konfliktzonen im Prinzip ausschließt, wurden dennoch Rüstungsunternehmen, die an kontroversen Lieferungen beteiligt sind, finanziell unterstützt. Dies zeigt, dass die Richtlinien nicht umfassend genug angewendet werden.

Die Commerzbank hat Kredite, Anleihen und Eigenkapitalemissionen an die Unternehmen Rheinmetall, Boeing, Airbus, BAE Systems, Leonardo, Thales und ThyssenKrupp in Höhe von insgesamt 1.717,01 Mio € vergeben. Die Höchste Summe (740 Mio. €) ging dabei an ThyssenKrupp. Die Commerzbank hält außerdem Aktien und Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 142,81 Mio. €, Beteiligungen die sich auf Airbus, BAE Systems, Boeing, General Dynamics, Leonardo, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon, Rheinmetall, Thales und ThyssenKrupp verteilen.

Im November 2015 stellte die Commerzbank Rheinmetall rund 200 Mio. € zur Verfügung. Ein Subunternehmen von Rheinmetall, RWM Italia, lieferte unter anderem Komponenten zum Transport von Bomben. Eine dieser Komponenten war in einem Angriff am 16. Oktober 2016 involviert, der das jemenitische Dorf Al Haijara traf und bei dem eine sechsköpfige Familie getötet wurde.

Die Commerzbank ist zudem in Lockheed Martin investiert (20,45 Mio. €). Bei einem Angriff auf einen Bus im Jemen am 9. August 2018, bei dem 40 Kinder und elf Erwachsene getötet und weitere 79 Menschen (davon 56 Kinder) verletzt wurden, wurde die Bombe MK 82 von Lockheed Martin eingesetzt. Die Bombe war eine von vielen Tausend ihrer Art, die von den USA an Saudi-Arabien verkauft wurden und im Jemen eingesetzt wurden.

Die Kampfflugzeuge Tornado und Typhoon (Eurofighter) bilden das Rückgrat der saudischen Luftwaffe, die seit 2015 gegen den Jemen eingesetzt wird. Die Flugzeuge werden von einem Konsortium gebaut, welches BAE Systems, Airbus und Leonardo umfasst. Luftangriffe sind 2015 für einen Großteil der getöteten Zivilisten im Jemen verantwortlich. Zuletzt im April 2018 hatte die Commerzbank Finanzierungen für BAE Systems, Airbus und Leonardo zu Verfügung gestellt.

Abbildung 3: Anleihen- und Beteiligungen der größten deutschen Vermögensverwalter/ Investmentunternehmen an den untersuchten Rüstungsunternehmen

	Airbus	BAE Systems	Boeing	General Dynamics	Leonardo	Lockheed Martin	Northrop Grumman	Raytheon	Rheinmetall	Thales	Thyssen-Krupp	TOTAL
Allianz Global Investors	103.94	57.71	466.85	5.06	23.89	143.01	166.62	192.76	76.45	5.46	16.25	1,258.01
Deka Investment	270.16	69.90	25.37		51.32		60.24		53.55	82.47	120.62	733.62
DWS	500.36	196.07	178.07	14.28	5.47	96.36	61.35	301.63	23.55	31.15	87.37	1,495.69
Union Investment	156.24	4.41	36.80		3.43	0.15	168.49	5.95			65.04	440.52
TOTAL	1,101.93	429.65	1,452.61	143.02	125.60	377.52	654.86	642.89	156.81	140.65	314.06	5,539.60

Quelle: Thomson Eikon Database

Auf dem deutschen Fondsmarkt geben DWS, Union Investment, Deka und Allianz den Ton an. Die vier großen deutschen Fondsanbieter kontrollieren mehr als 70 Prozent des heimischen Marktes. Sie können dabei auf etablierte Vertriebsstrukturen zurückgreifen: Die Deka verkauft ihre Produkte ausschließlich über die Sparkassen, Union Investment kooperiert mit den Volks- und Raiffeisenbanken. Die DWS setzt auf die Filialen der Deutschen Bank und arbeitet darüber hinaus eng mit dem Versicherer Zurich zusammen. Allianz Global Investors ist strategischer Partner der Commerzbank und vertreibt zudem viele Fonds über das Vertreter*innennetz der Allianz.

Kategorische Ausschlusskriterien für die Waffen- und Rüstungsindustrie besitzen die vier großen Fondsgesellschaften hierzulande nicht. Das bedeutet, dass das Geld der Sparer*innen durchaus auch bei Rüstungsfirmen landen kann.

Die **DWS** schließt generell lediglich Investitionen in Streumunitions- und Landminenhersteller aus. Ausschlusskriterien für Hersteller von kontroversen Waffensystemen wie Atomwaffen oder Rüstungsexporteur in Spannungs- und Kriegsgebiete gibt es bei DWS nicht. Darüber hinaus bekennt sie sich lediglich dazu, Umwelt- und Sozialkriterien in Analysen und Anlageentscheidungen einzubeziehen und sich im Rahmen von Engagement-Prozessen mit Unternehmen für diese Themen einzusetzen und dies auch beim Abstimmungsverhalten auf Aktionärsversammlungen zu berücksichtigen.

Ein Blick in das Rüstungs-Portfolio der DWS zeigt, dass die DWS in allen von uns stichprobenartig untersuchten elf Unternehmen mit insgesamt rund 2.6 Mrd. Euro investiert ist: über die Hälfte dieser Gelder stecken aktuell in den beiden Flugzeughersteller Boeing und Airbus. Die F-15 Jets von Boeing sowie der von Airbus, Leonardo und BAE Systems hergestellte Eurofighter sorgen aktuell für so manche Kontroverse, da sie von Saudi-Arabien und seinen Verbündeten seit vier Jahren im Krieg im Jemen eingesetzt werden. Die knapp 20.000 Luftangriffe sind für Tausende tote Zivilist*innen und eine in Trümmer liegende Infrastruktur verantwortlich. Gemeinsam betreiben Airbus, BAE Systems und Leonardo zudem das Gemeinschaftsunternehmen MBDA, das weltweit ein führender Hersteller von Lenkwaffen und Raketen aller Art ist und u.a. auch Atomraketen für die französische Armee produziert.

Allianz Global Investors als Fondsgesellschaft der Allianz schließt ebenfalls Landminen- und Streumunitionshersteller sowie Produzenten von biologischen und chemischen Waffen aus ihrem Investmentuniversum für Privatkund*innen aus. Darüber hinaus werden aufgrund zunehmender Kritik deutsche Kundengelder auch nicht mehr in Atomwaffenhersteller investiert, ohne dass dies eine Richtlinie für die gesamte Vermögensverwaltung des Konzerns darstellt. Generell gilt, dass die Allianz Vermögensverwaltung mit 1,25 Mrd. Euro weiterhin massiv und vielfältig in Atomwaffenproduzenten und Rüstungsfirmen allgemein investiert ist. In allen von uns untersuchten elf Unternehmen ist die Allianz aktuell investiert, mit besonderem Fokus auf die großen amerikanischen Hersteller Boeing, Raytheon, Northrop Grumman und Lockheed Martin. Raytheon und Northrop Grumman sind neben vielem anderen u.a. in großem Stil an der Entwicklung autonomer Waffensysteme beteiligt.

Auch die Fondsgesellschaft der Sparkassen, **Deka Investment**, kennt keine übergreifenden Ausschlusskriterien für den Rüstungssektor. Streumunitions- und Landminenhersteller sind auch hier tabu, darüber hinaus setzt die Deka, wie ihre Wettbewerber, auf eine Engagement-Strategie, um Unternehmen im Dialog und über aktive Teilnahme an Hauptversammlungen und ein (z.T. kritisches) Abstimmungsverhalten zu einer verantwortungsvolleren Unternehmensführung zu bewegen. In acht der elf untersuchten Rüstungsfirmen war die Deka zum Erhebungszeitraum mit gut 700 Mio. Euro investiert. Mit Airbus, Boeing, Rheinmetall und BAE Systems gehören wichtige Lieferanten des Jemen-Krieges zum Investitionsuniversum der Deka. ThyssenKrupp als einer der größten U-Boot-Hersteller der Welt, der seine Kriegsschiffe auch an Länder wie Ägypten liefert, ergänzt die Liste der Rüstungslieferanten.

Die Fondsgesellschaft der Volks- und Raiffeisenbanken, **Union Investment**, kennt beim Thema Rüstung bisher auch nur das Tabu Streumuniten- und Landminenproduzenten. Sie ist von den vier großen Fondsgesellschaften hierzulande mit nur gut 400 Mio. Euro am wenigsten stark in Rüstung investiert. Aber auch bei Union gilt die Strategie: Engagement statt Divestment. Im Sommer 2018 hatte der Konzern zuletzt angekündigt, sich sukzessiv von Atomwaffenherstellern trennen zu wollen. Dies wird offensichtlich jetzt umgesetzt und soll im Herbst 2019 abgeschlossen sein. Die aktuelle Stichprobe zeigt, dass derzeit noch Konzerne wie Airbus, Northrop Grumman und Boeing in Union-Fonds zu finden sind.

Fazit: Mit Blick auf die Rüstungsbranche gilt: Fondsgesellschaften haben aktuell keine grundsätzlichen Bedenken, in die führenden Rüstungskonzerne weltweit zu investieren und auch das Geld ihrer Kund*innen dort anzulegen. Dabei wissen sie ganz genau, dass dieser Schuss nach hinten losgehen wird: schließlich liefern die großen Rüstungsfirmen ihre Waffen in fast alle Krisenherde dieser Welt und schaffen so immer neue Pulverfässer und viel menschliches Elend. Wenn Banken oder Fondsanbieter in Unternehmen investieren, die Waffen an repressive Regime, fragile Staaten und nichtstaatliche Akteure, oder Ländern in bewaffneten Konflikten liefern, ist das Risiko mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung zu stehen hoch. Auch vor Lieferungen an Länder in denen Korruption weit verbreitet ist und Produkte und Dienstleistungen, die geliefert oder verkauft werden, die nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen, sollten Banken halt machen. Deshalb ist es wichtig, dass Banken und Fondsanbieter Richtlinien aufstellen, welche die Finanzierung von Unternehmen, die an kontroversen Praktiken beteiligt sind, ausschließt und Investitionen verbietet.

Im Allgemeinen reichen die Anlagepolitiken und -praktiken zu verantwortlichem Investieren der Banken und Vermögensverwalter nicht aus, um Investitionen in Unternehmen zu verhindern, die mit umstrittenen Ländern Handel treiben und kontroverse Waffen herstellen. Die Exportrichtlinien der Banken in Bezug auf umstrittene Länder, insbesondere Konfliktländer und fragile Staaten, müssen verstärkt und angewendet werden. Alle Banken, die im Dirty Profits 7 untersucht wurden, müssen den Umfang ihrer bestehenden Richtlinien und ihre Definition von kontroversen Ländern in Bezug auf Waffenexporte verbessern. Schließlich sollten globale Indexanbieter automatisch Unternehmen ausschließen, die an der Produktion von „kontroversen Waffen“ beteiligt sind, da diese Indices die Basis für viele aktive und passive Investmentprodukte sind.

Die untersuchten Rüstungsunternehmen

Die Rüstungsunternehmen mit dem höchsten Exportvolumen in kontroverse Länder, sind Raytheon, Lockheed Martin, BAE und Leonardo.

Raytheon hat in den letzten Jahren in fragile Staaten die mit Instabilität, Armut und Konflikten kämpfen, exportiert. Raytheon unterzeichnet weiterhin neue Exportverträge mit Ländern die für Exporte als umstritten gelten, z.B. die Vereinigten Arabischen Emirate.

Lockheed Martin hat in sieben der 16 kontroversen Länder der MENA-Region und in fast alle an der von Saudi-Arabien geführten Allianz beteiligten Länder exportiert, mit Ausnahme von Marokko und dem Sudan. Lockheed unterzeichnet ebenfalls weiterhin neue Exportverträge mit Ländern der Saudi-Allianz. Im Juni 2016 wurde eine OECD-Klage gegen Lockheed Martin und Boeing eingereicht, die besagt, dass die Unternehmen keine geeigneten Maßnahmen ergriffen hätten, um sicherzustellen, dass ihre Produkte keine Menschenrechtsverletzungen verursachen oder dazu beitragen, und dass die Produkte der Unternehmen durch ihre Verwendung durch Saudi-Arabien direkt zu Menschenrechtsverletzungen im Jemen führten.

Auch **BAE Systems** hat große Mengen an Waffen nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien exportiert. Darüber hinaus hat BAE Systems in den Irak und den Libanon exportiert, die aufgrund von bewaffneten Konflikten und staatlicher Repression als umstritten gelten. Von 2015 und bis 2018 hat BAE Raketen in die Mitgliedsländer der Koalition, die am Jemen Krieg beteiligt ist, exportiert.

Darüber hinaus haben **Airbus, Leonardo und BAE Systems**, teilweise über das Joint Venture **MBDA**, eine große Anzahl von Waffen in kontroverse Länder exportiert - vor allem nach Saudi-Arabien und Ägypten. Beide Staaten sind Teil der Saudi-geführten Koalition im Jemen-Krieg.

Auch ThyssenKrupp liefert Waffen in die MENA Region unter anderem an Ägypten, welches auch gegen den Jemen Krieg führt. Rheinmetall ist, auch durch Subunternehmen, an der Herstellung von Waffen, die im Jemenkrieg eingesetzt werden, beteiligt. General Dynamics lieferte ebenfalls Waffen nach Ägypten und Saudi-Arabien und ist an der Herstellung von umstrittenen Nuklearwaffen beteiligt. Obwohl Northrop Grumman in geringerem Maß in Exporten in kontroverse Länder involviert ist, steht das Unternehmen doch mit der Entwicklung von nuklearen und autonomen Waffen in Zusammenhang.

Ausführlichere Informationen, genau Zahlen und Übersichten sind dem [Dirty Profits 7 Bericht](#) zu entnehmen.